

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 16 31 - 23
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/224 - 3. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Aus dem Programm des Bundestages Von Ulrich Dübber	100
3 - 4	Österreichs politische Stabilität in Gefahr Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	72
5	Der Schrei nach Aufrüstung Zum deutsch-amerikanischen Gespräch in Bad Godesberg	50
6	Staat im Staate Die Rolle der Reichswehr in der Weimarer Zeit	52

* * *
* * *

Aus dem Programm des Bundestages

Von Ulrich Dübber

Am 5. Oktober beginnt der Bundestag mit Ausschuß- und Arbeitskreissitzungen wieder mit seiner Arbeit, die drei Monate lang durch die Sommerpause unterbrochen war. Die zweite Halbzeit hat begonnen; alle Beteiligten prüfen gegenwärtig sorgsam die Liste der noch anstehenden Vorlagen darauf, welchen aus der großen Zahl ein Vorrang einzuräumen ist.

Das größte Interesse wird wie immer die Außenpolitik finden. Eine schon vorliegende Große Anfrage der SPD wird spätestens Anfang November Gelegenheit geben, im Plenum über die Ergebnisse von Camp David und Genf, über Berlin und über die Wiedervereinigung allgemein zu debattieren.

Nicht weniger spannend aber wird es in der Innenpolitik zugehen, die Bundesinnenminister Schröder mit seinem Bundesrundfunkgesetz interessant gemacht hat. Der inzwischen überarbeitete Entwurf eines Parteiengesetzes liegt jetzt dem Bundesrat vor; mit seiner Behandlung im Bundestag ist also ebenfalls in Kürze zu rechnen. Der Ausschuß für Inneres muß sich noch beschäftigen mit einem SPD-Antrag zur Verbesserung der Besoldung der Alt-Pensionäre, dem Evakuierten-Gesetz und wahrscheinlich demnächst mit einer Änderung der Wahlkreiseinteilung. Initiativen der SPD zur Verwirklichung ihres "Planes Z" werden die Haushaltsberatungen des kommenden Winters bestimmen.

Vom 4. Dezember 1958 stammt die Große Anfrage der CDU/CSU betr. Wirtschaftskonzentration, die, nach langem Zögern der Fragesteller, nun endlich auf die Tagesordnung kommt. Lebhaftere Auseinandersetzungen verspricht der Regierungsentwurf zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, zu dem bereits der Bundesrat zwanzig Seiten Änderungswünsche angemeldet hat. Die Regierungsvorlage über die Heizölsteuer wird Veranlassung geben, das gesamte Kapitel der Energiepolitik der Regierung zu behandeln. Ob es der Bundestagsmehrheit gelingt, die Volkswagenwerk-Privatisierung in dieser Wahlperiode durchzubringen, ist ungewiss. Bisher liegt erst ein CDU-Gesetzesentwurf vor, der den Bund zum Eigentümer machen soll.

Mit einem Gesetz über das Kreditwesen beabsichtigt die Bundesregierung eine Neuordnung der Bankenaufsicht, die einer neu zu schaffenden Bundesaufsichtsamt übertragen werden soll, im Gegensatz zur bisherigen Regelung, bei der die Wirtschaftsministerien der Länder diese Aufgabe wahrnahmen. Das Bundesbaugesetz und Berufsordnungen für Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer und Steuerberater liegen noch in den Ausschüssen.

Sehr umfangreich ist wie immer das sozialpolitische Programm. Die Renten Anpassung wird den zuständigen Ausschuss viel in Anspruch nehmen, in dem bereits Gesetzesentwürfe zur Neuregelung der Unfallversicherung, des Fremd- und Auslandsrentergesetzes und der Altershilfe für Landwirte liegen. Es wird hierüber zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungsmehrheit und Opposition kommen, vor allem, wenn die Regierung mit ihren bis jetzt bekanntgewordenen Plänen zur Kostenbeteiligung im Zuge der Krankenversicherungsreform vor dem Bundestag tritt.

Sozialpolitisch eng verwandt damit ist die Neuregelung der Kriegsopferversorgung, die seit vielen Monaten ansteht. Bisher gibt es dazu drei Gesetzentwürfe, nämlich einen von Abgeordneten der CDU (der aber nicht die Unterstützung der ganzen Fraktion genießt), einen der FDP und einen von der Regierung.

Auf eine völlig neue Basis will ein Gesetzentwurf der FDP das Kindergeld stellen, indem die Auszahlung den Finanzämtern übertragen, die Familienausgleichskassen aufgelöst und die bisherige Beitragsaufbringung durch Finanzierung aus Steuermitteln ersetzt werden sollen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wird noch immer im Ausschuss beraten. Eine bei der Bundesregierung auf sozialdemokratische Initiative entstandene Gesetzesvorlage zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft liegt seit kurzem vor und kann an die Ausschüsse überwiesen werden. In der nächsten Zeit wird das Sozialhilfegesetz zu erwarten sein, das die teilweise recht veralteten Bestimmungen des Fürsorgerechts ablösen wird.

Noch nicht abgeschlossen sind im Gesundheitsausschuss die Entwürfe eines Arzneimittelgesetzes und zur Verbesserung der Reinhaltung der Luft.

Auf dem Gebiet der Finanzen liegen vor ein Gesetzentwurf der SPD zur Änderung des Umwandlungs-Steuergesetzes und einer der CDU/CSU zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Für die breite Öffentlichkeit von großem Interesse wird das neue, jetzt von der Regierung überwiesene Straßenbaufinanzierungsgesetz sein, das u.a. die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel-Kraftstoff um 1 Pfennig pro Liter erhöht. Änderungen von Vorschriften des Lastenausgleichsgesetzes auf dem Gebiet der Hypothekengewinnabgabe sieht eine 12. Novelle vor, die noch nicht beraten worden ist.

Vollgestopft wie immer ist die Tagesordnung des Rechtsausschusses. Noch nicht abgeschlossen sind die Beratungen über die Änderungen der Reichsnotarordnung, des Deutschen Richtergesetzes und der Finanzgerichtsordnung. Die Beratungen über die Verwaltungsgerichtsordnung sind dagegen abgeschlossen, die Vorlage kann in einer der nächsten Bundestagsitzungen verabschiedet werden. Ebenfalls planarreif ist der Entwurf eines Gesetzes gegen Volksverhetzung, über den zwischen der Mehrheit und der SPD im Rechtsausschuss keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die Entscheidung wird also im Plenum fallen.

Zusammen mit der Beratung über das Atomgesetz ist vorgesehen die Behandlung der seit Jahren fälligen Ergänzung des Grundgesetzes über die Bundeszuständigkeit für die Verwertung der Kernenergie. Da aber das Atomgesetz noch nicht den Ausschuss passiert hat, ist ein Termin nicht abzusehen.

An neuen Vorlagen steht vor dem Rechtsausschuss zunächst der umfangreiche Entwurf zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatzes, von dem man aber wird sagen können, daß er in dieser Form, je näher die nächste Wahl rückt, immer geringere Aussichten hat, selbst von der CDU angenommen zu werden. Noch nicht durch das Bundeskabinett gelaufen, aber öffentlich schon mehrmals angekündigt, sind Entwürfe zur Reform des Aktienrechts, des Urheberrechts und der Strafprozeßordnung. Der von der Großen Strafrechtskommission hingegen verfaßte Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches hat mit Gewißheit keine Chance mehr, angenommen zu werden, selbst wenn ihn die Regierung noch im kommenden Jahr vor das Parlament bringen würde.

Österreichs politische Stabilität in Gefahr

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Seit 1946 zeichnet sich Österreich durch eine überdurchschnittlich grosse politische Stabilität aus. Dieser Stabilität war es auch vor allem zu verdanken, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau so überaus erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die Grundlagen eines allgemeinen Wohlstandes und einer gesicherten Wirtschaftsentwicklung wurden in jenen Jahren der konstruktiven Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, gelegt. Seit etwa zweieinhalb Jahren hat es jedoch immer mehr den Anschein, als würde diese Zusammenarbeit nur mehr unter grössten Schwierigkeiten und bei notdürftiger Übertünchung der immer tiefer werdenden Kluft zwischen den Koalitionspartnern weitergeführt werden. In Zukunft wird man sich möglicherweise in immer kürzeren Abständen an den Wähler wenden müssen, wenn nicht doch noch eine neue Basis der Zusammenarbeit in Parlament und Regierung gefunden wird.

Der Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen innerhalb der österreichischen Koalition bildet derzeit der Voranschlag für den Bundeshaushalt des Jahres 1960. Das Budget war schon immer ein Zankapfel zwischen den beiden grossen Parteien, was ja auch völlig natürlich ist. Diesmal aber handelt es sich um tiefgreifende Gegensätze, die vielleicht zu einer Regierungsumbildung, gewiss aber zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen ÖVP und SPÖ führt.

Die sozialistischen Mitglieder der Bundesregierung haben sich deshalb am 29. September zu einem bisher ungewohnten Schritt in die Öffentlichkeit entschlossen: Sie haben unter dem Vorsitz des Vizekanzlers und SPÖ-Parteiobermannes Dr. Bruno Pittermann in einer grossen Pressekonferenz die Gründe dargelegt, weshalb sie gegen den Budgetentwurf des ÖVP-Finanzministers Dr. Reinhard Kamitz mit allem Nachdruck Stellung nehmen müssen. Ihren sensationellen Ausführungen war zu entnehmen, dass es bei den bevorstehenden Budgetverhandlungen nicht um das übliche Feilschen um höhere Beträge für das eine oder andere Ressort geht, sondern um grundsätzliche Fragen der gesamten

Wirtschaftspolitik. "Das Kamitz-Budget gefährdet die Wirtschaft!" lautet die Schlagzeile in der sozialistischen Presse. Und tatsächlich würden die von Finanzminister Dr. Kamitz geplanten Budgeteinschränkungen zu ernststen wirtschaftlichen Rückschlägen und schliesslich auch zu einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit führen. Es wiederholt sich jetzt ein Vorgang, der schon vor sieben Jahren zur Auflösung der Koalition und zu Neuwahlen geführt hat, zu Neuwahlen übrigens, bei denen die Sozialisten erstmalig die Mehrheit der Wählerstimmen erhielt.

Die tieferen Ursachen für die gegenwärtigen vehementen Angriffe der Sozialisten gegen den Finanzminister liegen vermutlich in gewissen Entwicklungstendenzen, die sich in der ÖVP-Parteiführung immer deutlicher abzeichnen. Bundeskanzler Ing. Julius Raab ist endgültig zum Rücktritt entschlossen und hat das selbst schon, wenn auch unklar und unverbindlich ausgesprochen. Um sein Erbe streiten sich schon jetzt die verschiedensten Gruppen innerhalb der heterogenen, aus drei "Bünden" zusammengesetzten ÖVP. Wie immer dieser Machtkampf ausgehen wird, eines ist sicher: Raab wird gehen, und er will ja auch gehen. Die Frage ist nur noch, ob er mit Glanz und Gloria verabschiedet wird und somit selbst den Nachfolger bestimmt oder ob er einen weniger rühmlichen Abgang nach einem Schiffbruch seiner bisherigen Politik erlebt. Raabs Gegner in der eigenen Partei, die einen der ihren auf den Schild heben wollen, bemühen sich um einen weniger rühmlichen Abgang. Angesichts der grossen Popularität des müden Politikers wollen sie jedoch die Sozialisten an diesem Abgang schuldig werden lassen.

Die sozialistische Parteiführung will nun offenbar diesen Schachzug zuvorkommen und durch Angriffe auf den Finanzminister und auf dessen Budgetvoranschlag die ÖVP zwingen, bezüglich der Nachfolge Raabs schon bald die Karten auf den Tisch zu legen. Wenn also Raab schon scheitert, dann nicht über eine spätere belanglose Frage, in der sich seine Popularität stimmungsmässig gegen die "bösen und unverträglichen" Sozialisten auswirkt, sondern bereits in der sehr entscheidenden und von gegensätzlichen Auffassungen beherrschten Frage der künftigen Wirtschaftspolitik.

Die Sozialisten haben keine Veranlassung und auch nicht die Möglichkeit, Raab zu "retten". Sie sind aber auch nicht geneigt, bei dem notwendig gewordenen Wechsel der ÖVP propagandistische Vorteile zu gewähren. Im übrigen ist auch Finanzminister Dr. Kamitz amtsüde und wüsste für sich schon eine bessere Verwendung. Die Sozialisten werden also bei den Budgetberatungen die Voraussetzungen schaffen - und sei es auch durch Neuwahlen - um noch mehr als bisher ihr Gewicht in die Waagschale künftiger politischer Entscheidungen werfen zu können. + + +

Der Schrei nach Aufrüstung

sp - Die Notwendigkeit einer weltweiten kontrollierten Abrüstung wird von vielen Politikern und Staatsmännern anerkannt. In ihr liegt die einzige Chance, der Welt den Alpdruck eines dritten Weltkrieges zu nehmen. Der amerikanische Präsident Eisenhower und der russische Ministerpräsident Chruschtschow sind bei ihren Gesprächen, die im Frühjahr ihre direkte Fortsetzung finden werden, übereingekommen, dem Problem der Abrüstung im Weltmaßstab ihre Hauptaufmerksamkeit zuzuwenden. Beide Staaten sind auf lange Sicht gesehen nicht in der Lage, die Bürde der Rüstungslast zu ertragen. Auch ökonomische Potenzen, von den moralischen Faktoren abgesehen, haben ihre Grenzen.

Verminderung der Rüstungslasten wäre gleichbedeutend mit dem Abbau des Kalten Krieges. Nicht alle Menschen sind davon begeistert; es gibt überall noch Kräfte, die den Kalten Krieg am liebsten verewigen möchten und nun den Schrei nach noch mehr Aufrüstung erheben. So einige Teilnehmer der an diesem Wochenende in Bad Godesberg tagenden Hamburger Vereinigung "Atlantikbrücke". Sie vereinigt deutsche und amerikanische Politiker in einem Gespräch, das zu einem grossen Teil hinter geschlossenen Türen geführt wird. Was aber öffentlich bekannt wurde, lässt erschrecken. Ein Hauptreferat hielt der amerikanische Professor Kissinger, der hier seine bekannte Theorie eines begrenzten Atomkrieges vertrat, eine Theorie, die im deutschen Volk weitgehend abgelehnt wird, weil ihre Verwirklichung den kollektiven Selbstmord herbeiführen würde. Kissinger ist gegen jede Art von Ost-West-Verhandlungen. Er mahnte Präsident Eisenhower vor der Begegnung in Camp David, sich mit Chruschtschow nicht in konkreten Fragen zu einigen, denn "wenn wir uns über Konkretes einigen, so können wir die westliche Allianz auseinanderreißen, indem wir bei unseren Verbündeten den Eindruck erwecken, dass Hauptentscheidungen in ihrer Abwesenheit getroffen werden." Kissingers Rezept lautet dagegen, aufzurüsten um jeden Preis und vor allem aufrüsten in Westdeutschland.

Der amerikanische Professor wurde in Bad Godesberg assistiert von dem bekannten Militärschriftsteller und Mitarbeiter der "Frankfurter Allgemeine", Adalbert Weinstein, der nicht nur verlangte, dass keine verbündeten Truppen mehr aus Deutschland abgezogen werden dürfen, er will auch die Bundeswehr mit strategischen Atomwaffen (!) ausgerüstet wissen. Dazu verlangte er eine britisch-amerikanisch-deutsche Hilfeleistung für den Krieg Frankreichs in Algerien, andernfalls "gingen die in Algerien eingesetzten 400 000 guter französischer Truppen der Verteidigung in Europa verloren." Das alles wurde mit sehr viel militärtechnischem Scharfsinn vorgetragen, ohne dass von den beiden Rednern auch nur das Wort "Wiedervereinigung" fiel; auf ihre Weise handelten sie durchaus logisch, denn in einer solchen Konzeption findet die Wiedervereinigung überhaupt keinen Platz, sie enthält die durch Atomwaffen untermauerte Verhärtung des Status quo.

Was die beiden "Spezialisten" anzubieten hatten, war gewiss keine Politik, die zu einer besseren Zukunft und zur Entspannung führt. Sie sind der lebende Beweis dafür, dass es auch im westlichen Lager Kräfte gibt, die der Politik des Wahnsinns verhaftet sind. Dass diese Kräfte nicht zum Zuge kommen, bleibt ein Gebot der politischen Vernunft.

Staat im Staate

W.P. Über die Weimarer Republik ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Politiker veröffentlichten nach dem Kriege Memoiren und Historiker beförderten aus den Archiven Akten ans Tageslicht, die die Einsicht in die Zusammenhänge der Geschehnisse vertiefen und die Hintergründe, die schliesslich zum Zusammenbruch des ersten deutschen demokratischen Staatswesens führten, weitgehend aufhellen. Spärlich waren bisher Untersuchungen über eine Einrichtung der ersten Republik, die sich während der Zeit ihres Bestehens mit einem Schleier des Geheimnisses umgeben hatte und im damaligen politischen Leben äusserst umstritten war: die Reichswehr. Obwohl ihr Aufbau sich unter Aufsicht alliierter Offiziere streng nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages vollzogen hatte und der Reichstag alljährlich die Mittel für ihre Unterhaltung bewilligte, wusste niemand recht, was sich hinter den Mauern des Reichwehrministeriums und der Kasernen wirklich abspielte. Eine Reihe bekanntgewordener Vorkommnisse bewegte und erregte damals die öffentliche Meinung: monarchistische und chauvinistische Äusserungen von Offizieren, arrogantes und republikfeindliches Auftreten von Militärs, unstatthafte Einmischung der Reichswehr in Angelegenheiten der Reichsregierung, geheime Kontakte zur "Roten Armee" und vieles andere. Sie zogen die Reichswehr oft genug in den politischen Tageskampf, und im Streit der Meinungen erschien sie weniger und weniger als ein Sicherheitsfaktor für die Republik.

Warum die Weimarer Republik kein demokratisches Heer aufzubauen vermochte, die Reichswehr sich zum Streitgegenstand entwickeln musste, die Einzelheiten der Gründung und Entwicklung der Reichswehr sowie ihr Verhältnis zum Staat und zu den Parteien, alles das kann in dem Buch*) eines amerikanischen Historikers nachgelesen werden, das jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt. Es ist eine bemerkenswert gründliche und alle erreichbare Literatur heranziehende Darstellung, deren bibliographischer Anhang allein von Wert ist. Durch die Aufbereitung und Auswertung des Nachlasses des Generals von Seeckt, der bis 1926 oberster militärischer Chef der Reichswehr war, gewinnt das Buch seinen besonderen Akzent, denn dieser ist bisher der Forschung nicht zugänglich gewesen. Allerdings nimmt die Person von Seeckts in Gordons Buch gewissermassen eine Schlüsselstellung ein, die die Schlussfolgerungen des Verfassers, vielleicht stärker als gerechtfertigt wäre, beeinflusst hat. Obwohl von Seeckts kritische Einstellung zur Republik und sein wiederholtes zur Kritik herausforderndes Verhalten keineswegs etwa verschwiegen werden, scheint seine negative Bedeutung für die spätere Rolle der Reichswehr als Staat im Staate doch zu gering bewertet. Ob ein anderer Mann an seiner Stelle die Reichswehr in der Republik fester zu verankern vermocht hätte, ist eine offene Frage. Immerhin haben zahlreiche Handlungen des Generals, zum Teil auf persönlichem politischem Ehrgeiz fussend, wesentlich zur Entfremdung beigetragen.

Es ist fraglich, ob der Republik zum Vorwurf gemacht werden kann, ihr Misstrauen und ihre Abneigung hätten wiederum zur Entfremdung bei der Reichswehr geführt. Sicher sind damals auch von republikanischer Seite viele Fehler gemacht worden, sicher stimmt es auch, dass die äusseren und inneren Verhältnisse vor allem in der Gründungszeit der späteren Entwicklung schon die Richtung aufgezwungen haben. Aber auch nach der Lektüre des Gordonschen Buches scheint festzustehen, dass die Durchsetzung der Reichswehr mit demokratischen Kräften und die mit allen Mitteln erzwungene politische Kontrolle das grösste Versäumnis jener Zeit darstellt, ohne das vieles anders hätte kommen können.

*) Harold J. Gordon: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926, Verlag für Wehrwesen Bernard & Graefe, Frankfurt/M. 1959, 449 S.